

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. September 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 110

## Neubestellungen

auf den „Korr.“ für das vierte Vierteljahr 1914 oder den Monat Oktober sind rechtzeitig bei den Postämtern aufzugeben. Bezugspreis für das Quartal 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Bestellgebühr. Jedes nicht zum Kriegsdienst eingezogene Verdienstmitglied muß den auch jetzt schnell, umfassend informierenden „Korr.“ mit Interesse lesen

## Abbestellungen

des „Korr.“ sind beim Quartals- oder Monatswechsel, je nachdem das Einzelabonnent oder der obligatorische Bezug läuft, in dem Umfang zu bewirken, wie es die außerordentlichen Umstände durch den großen Abgang von Mitgliedern rechtfertigen. Jede berechnigte Abbestellung hat bei der nächsten Postanstalt pünktlich zu erfolgen

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

- Artikel: Völkerrkrieg und Arbeiterbewegung. — In freier Fassung!
- Korrespondenzen: Karlsruhe. — Kassel. — Köln. — Leipzig. — Potsdam. — Würzburg. — Zwitau.
- Mundschau: Vorbildliche Unternehmer! — Ferien! — Gehilfenprüfungen. — Ende der beherrschenden Stellung der Konsumvereine? — Budgetpolitik des Kohlenindustrials. — Die Fleischversorgung Deutschlands. — Die wirtschaftliche Struktur Italiens.

## Völkerrkrieg und Arbeiterbewegung

Einiges über internationale Verdrüsslichkeiten

Größere internationale Unstimmigkeiten scheinen für die Arbeiterbewegung nicht nur eine vorübergehende Erscheinung des Völkerrkampfes werden zu sollen. Die bis zu einem gewissen Grade ja zu erwarten gewesene Spannung, bei der die Gewerkschaften nicht immer ausschalten, hat einen Charakter angenommen, den man zum Teil chauvinistisch nennen kann. Wir behalten uns vor, diese Vorgänge zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal im Zusammenhange mit ähnlichen zu besprechen, knüpfen diesmal also an das in dem vorigen Wochenschau (die fällige kann aus bestimmten Gründen erst in nächster Nummer erscheinen) über internationale Entgleisungen Gesagte an.

Was der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands dem internationalen sozialistischen Kampfbureau über dessen gegen Deutschland gerichtete Schmähungen zu sagen für notwendig befand, hat die österreichische Parteileitung als eine von nationaler Leidenschaft diktierte Eigenmächtigkeit der belgischen Parteiführer gekennzeichnet. Bezeichnend sei, daß in dem (fragwürdigen) Manifest nicht einmal gewagt werde, das Wort Rußland auszusprechen.

War es schon auffallend, daß ein Mann wie Vandervelde im Augenblicke des Kriegsausbruches in die belgische Regierung eintrat, so war der gleiche Schritt von Guesde und Sembat in Frankreich nach dem Beginne des Völkerringens noch ein ganz Teil auffälliger. Freilich war jenseits der Vogesen schon eine große Verblüffung vorausgegangen, indem nämlich der fanatische Antimilitarist Hervé sich sogleich als Kriegsfreiwilliger gestellt und gegen Deutschland geschickt zu werden verlangt hatte. Welch ein Unterschied zwischen Frank und Hervé! Hier ein Volksvertreter revisionistischer Prägung, der gegen Deutschlands Kriegsverwicklung kämpfen wollte, dort ein theatralischer Großsprecher, der sich zu seinen bisherigen Worten größten Kalibers gegen das Militär und die französische Regierung in den klaffensten Widerspruch setzte, indem er sich dieser republikanischen Staatsleitung, die den Jansenismus zum Besten wählte, als Helfer für den Despotismus zur Verfügung stellte. Ein wunderbares Schauspiel! Die Guesde und Sembat, von denen der eine radikalere, der andre gemäßigte Genossenschaft, sind sich als französische Minister nicht etwa für einen schnellen und ehrenvollen Frieden ein, sondern propagieren den äußersten Widerstand, so daß dieses fürchterlichen Krieges Riesenmaß von Opfern an Blut und Gut ins ungeheuerliche getrieben wird. Compère Morel und andre französische sozialistische Führer horten gleichfalls die Regierung Frankreichs in leidenschaftlichen Worten zur Entsetzung aller Kräfte an. Ein Nationalist von reinstem Wasser hätte dabei von den wilden Phantastereien über Deutschland, wogegen Rußland als ein Kulturstaat ersten Ranges erscheint, viel lernen können. Vergleich man dann noch die Manifeste der französischen

und der Pariser sozialdemokratischen Parteileitung mit der ruhigen und in jedem Betracht korrekten Haltung des deutschen Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Presse im allgemeinen, dann ergibt sich ein recht großer Unterschied, der aber wahrlich nicht zumungunsten der deutschen Arbeiterpartei spricht.

Bei dieser letzten Endes selbstschädigenden Engagierung der französischen Sozialdemokratie für die Zwecke ihrer mit Rußland Arm in Arm gehenden Regierungsmänner fällt außerdem schwer ins Gewicht, daß das führende französische Parteigebilde („Humanité“), noch mehr aber der geschäftige Politiker und frühere französische Ministerpräsident Clemenceau, in die französische Regierung dringen, doch mit der Wahrheit herauszurücken. Die Massenproduktion von Schwindelnachrichten über die kriegerischen Ereignisse wie die Befriedsamkeit in der Erfindung und Verbreitung von Schauermären über die „Greuelthaten der Deutschen in Belgien“ haben einen wahren Volkschreck in Frankreich erzeugt. Das Volk ergreift in Massen die Flucht vor den Deutschen, überfüllt die größeren Städte, verschlimmert dort die Lage, richtet dann, wenn ihm die richtige Erkenntnis nun etwas dämmert, seine Wut gegen die Regierung und die Zeitungen, so daß die allgemeine Gärung zu Erzeß aller Art führt und ein innerer Zustand schließlich ebenso bedrohlich wird wie der äußere Feind. Die französischen Gewaltthäter haben sich da eine nette Suppe eingebrockt, und das arme französische Volk muß sich leider sagen, daß Arbeiterführer aus falsch verstandenem Patriotismus einer solchen Regierung gar ihre Dienste leihen. Da kann einem das Verhalten der Führer des dissentierenden Pariser Arbeiterindikatens doch mehr imponieren, das eine Deputation zum kommandierenden General der französischen Hauptstadt entsandte, es möchte doch von Paris großes Anheil abgewendet werden, indem es nicht verleidigt, sondern zur offenen Stadt erklärt werden sollte.

Der Belgier Vandervelde setzt aber allem die Krone auf. Dieser auch an dem von der deutschen und der österreichischen Parteileitung verurteilten Manifest beteiligte Arbeiterführer reißt mit noch einigen seiner Ministerkollegen von England nach Amerika, um die Staatsoberhäupter und Regierungen dort nicht etwa über den schmachtvollen, von der belgischen Regierung verschuldeten Frankreicherkrieg oder die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen seitens der verbündeten Franzosen und Engländer persönlich zu unterrichten, sondern um die deutschen Truppen der schlimmsten Barbarei zu bezichtigen. In Amerika will er dann noch Vorträge über „deutsche Grausamkeiten“ halten, in Lichtbildern die Ruinen von Löwen zeigen und Geld für die belgischen Arbeiter sammeln. Also eine Deutschenhetze, die mannigfaltig genug ist.

Es ist nun bemerkenswert, daß dieses verurteilenswerte Gebaren Vanderveldes, der in der sozialdemokratischen Presse Deutschlands trotz mancher Aneinander noch zu gut fortkommt, durch Richard Fischer indirekt eine gehörige Zurückweisung gefunden hat. Das „Volksrecht“ in Zürich, also das dortige sozialdemokratische Organ, hatte sich auch über den deutschen Vandalismus Ungereimtheiten schreiben lassen. Fischer hält darauf in dem Züricher Blatt eine herzhafte Standrede über den Krieg und die Sozialdemokratie. Es klingt aus diesem Artikel anders heraus als aus den Koloproben, die man von französischen Parteiführern seit dem Tode des Völkerrkrieges bekommen hat. Fischer wirft sich nicht zum unbedingten Verteidiger der deutschen Regierung auf, was bekanntlich von französischer Parteiseite für die ihrige unumwunden geschah, aber er befont mit Nachdruck, daß die deutsche Regierung den Krieg nicht gewollt habe, daß er ihr aufgezwungen sei, und daß aus all ihren Handlungen Ehrlichkeit spreche. Weder die russische, noch die französische oder die englische Diplomatie habe die dokumentarische Darstellung der deutschen Regierung über die Ursachen und den Ausbruch des Krieges betreten können. Für das Vorgehen Deutschlands gegen Belgien führt Fischer Argumente an, denen auch der gegen uns Eingonnenste nichts Stichhaltiges entgegenzusetzen vermag. Die angebliche Zerföhrung der alten belgischen Universitätsstadt Löwen, die sich nach amtlicher Unter-

suchung nur auf ein Fünftel oder Sechstel dieser Stadt beschränkt, während die Kunstschätze und die Baualtertümer gerottet worden sind, veranlaßt Fischer zu der Erklärung:

Die deutsche Armee, zum dritten Teil mindestens aus Sozialdemokraten bestehend, führt keinen Barbaren- oder Vandalenkrieg, wie ihn die Kosaken seit der ersten Stunde ihres Einfalles in Ostpreußen führen mit Raub, Mord, Brandstiftung, um dann über die unehrlichen, hinterhältigen Überfälle auf deutsche Soldaten, wie sie in Belgien leider an der Tagesordnung waren, die richtigen Worte zu sagen. Den Schluß bildet die Verwahrung, daß die deutschen Sozialisten keine Chauvinisten geworden, aber in der Stunde der nationalen Gefahr mit dem ganzen deutschen Volk einig seien, „die russische Gefahr von unserm Vaterlande, von Europa abzuwenden“, und endlich die Frage, der ein objektiv urteilender Ausländer nicht ausweichen kann: „... trifft uns die Schuld, daß die Bourgeoisie dieser Länder (Frankreich und England. Red.) sich mit dem kulturfeindlichen Zarentum auf Leben und Tod verbunden hat?“ Richard Fischer ist ein Mann, der nie aus seinem Herzen eine Mördergrube macht. Seine kühnere Verteidigung Deutschlands und der deutschen Soldaten in dem Züricher Parteigebilde ist so zu einer kräftigen Widerlegung der von Vandervelde und dem Brüsseler internationalen sozialistischen Bureau erhobenen Ungerechten, wenn nicht gar böswilligen Anklagen geworden.

Da zu Ende der vorletzten Woche die Provinz Ostpreußen endgültig von den Russen gesäubert werden konnte, sind inzwischen wahre Schreckensbilder russischer Greuelthaten bekannt geworden. Nicht Phantastiegebilde exaltierter Menschen männlichen und weiblichen Geschlechts, sondern schlimmste Tafsachen, wie sie von Kosakenhorden nur zu erwarten waren. Es muß konstatiert und anerkannt werden, daß Teile der russischen Truppen, die gegen die Deutschen gekämpft haben, sich gestiftet benommen haben; um so schlimmer hausten aber die andern. Ein gefangen genommener General soll vorgekommene Bestrafungen sogar befohlen haben. Er wird vor ein deutsches Kriegsgericht gestellt werden. Die Schandthaten der russischen Soldateska in den drei oder vier Wochen ihres Aufenthalts in Ostpreußen sind so fürchterlicher Art, daß der sozialdemokratische Kriegsberichterstatter Wilhelm Düwvel in einem aus Stallsuppen vom 15. September datierten Artikel über die russischen Kosakengrausamkeiten schreibt:

Als die Greuel im Balkankriege bekannt wurden, ging ein Schrei des Entsetzens durch die zivilisierte Welt. Besonders englische Zeitungen empörten sich über die Vergewaltigung von Frauen, über die Verstümmelungen von Kindern und Greisen. Haben die kapitalistischen Kriegstreiber in England so jedes menschliche Gefühl verloren, daß sie diese Bundesgenossen, statt sie in Schranken zu halten, auf das deutsche Volk loslassen? Was werden Guesde, Longuet, Sembat und Bailant als Mitunterzeichner des bewußten Aufrufes an das deutsche Volk von Seiten des französischen sozialdemokratischen Parteivorstandes sowie Anseele, Bertrand, Sussmans und Vandervelde als Unterfertiger von der belgischen Arbeiterpartei zu dieser Kulturschmach des auf ihrer Seite kämpfenden Rußland sagen? In Ostpreußen ist nicht ein Schuh von Zivilpersonen auf Soldaten gefallen, nicht ein heimtückischer Überfall verübt worden, wie es massenweise in Belgien geschah. Es ist einfach ein Skandal, daß das Brüsseler sozialdemokratische Organ vor Wochen einen Artikel überschrieb: „Die Barbaren sind in Lüttich.“ Man wird ja nun leben, was gegen das wirkliche Barbarentum geschrieben werden wird, dessen Niederringung vor einer Woche die „Volksstimme“ in Magdeburg mit den Worten als Notwendigkeit bezeichnete:

Die Zurückdrängung der Zarendespotie bedeutet die politische Befreiung des Ostens. Das hat auch Zebel in seiner bekannten, von uns mehrfach zitierten Kriegsansage gegen Rußland betont, und dafür hat er auf einem internationalen Kongreß von einem russischen Delegierten den Dank mit diesen Worten empfangen: „Wir Russen danken Zebel, und wir werden die in seinem Geiste kommenden Deutschen als Befreier begrüßen!“

In der „Münchener Post“ und andern sozialdemokratischen Organen sind in den letzten Tagen aus einem vor 23 Jahren von Friedrich Engels verfaßten Aufsatz höchst beachtenswerte Auszüge über ein russisch-französisches Bündnis erschienen. Engels hat danach die Rolle Deutschlands für einen solchen Bündnisfall schon vorausgesehen und erklärt, daß dann, bei einem Zusammengehen Frankreichs mit Rußland, auch die deutschen Sozialdemokraten die französische Republik bekämpfen müßten. Denn:

Der russische Zarenismus, das ist der Feind aller westlichen Völker, selbst der Bourgeois dieser Völker. Kämen die zarischen Sorden nach Deutschland, sie brächten nicht die Freiheit, sondern die Knechtschaft, nicht die Entwicklung, sondern die Verwüftung, nicht den Fortschritt, sondern die Verheerung. Arm in Arm mit dem Zaren kann Frankreich den Deutschen nicht die geringste freiheitliche Idee bringen.

Bekannt ist auch, daß Rußen in Menge ihrem Land jetzt eine billige Niederlage wünschen, weil ein Sieg Rußlands ein Sieg der schlimmsten Reaktion sein würde. Frankreich und England mit einem solchen Verbündeten gegen das Volk der Dichter und Denker kämpfen zu sehen, ist ein unendliches Trauerpiel. Und belgische wie französische Arbeiterführer schmähden obendrein dieses Volk als Barbaren — es ist ein Jammer!

Es soll nicht verkantet werden, daß auch in den neutralen Ländern innerhalb der Arbeiterbewegung die anti-deutsche Gesinnung nicht wenig Anhänger hat. Bei den Holländern scheint die Verkenntung deutschen Wesens wie des englisch-russisch-französischen Intrigenspiels am unbedeutendsten zu sein. Es war aber auffällig, was der Reichstagsabgeordnete Südbumum von den den Deutschen doch so stammverwandten Schweden berichten konnte. Am bedenklichsten sieht es in Italien aus, das von ihm erst kürzlich aufgesucht worden ist. Südbumum bezeichnet die Leistung der Sozialdemokratie dort direkt als voringenommen und parteiisch zugunsten von Frankreich und dessen Verbündeten. Sonderbar: Was die italienischen Parteiführer der deutschen Sozialdemokratie vorwerfen über deren Verhalten bei Ausbruch des Krieges und vornehmlich im Reichstags, das betrachten sie bei der französischen Parteileitung, die, wie bekannt und auch hier gezeigt, ein groß Stück darin weitergeht, als Selbstverständlichkeit. Worte und Begriffe haben angeichts des eisernen Würfelspiels fast keinen Sinn mehr.

Manches von dieser unfreundlichen Gesinnung, die zu bannen sich auch der österreichische Parteivorstand in Italien angelegen sein läßt, hat sich die deutsche Arbeiterbewegung selbst auf ihr Konto zu schreiben. Deutschland ist in übertriebener Weise als ein Hort der Unfreiheit hingestellt worden, obwohl die Arbeiterchaft allenthalben nicht Selde zu spinnen hat. Gewiß standen bei uns die Dinge gerade in der Zeit vor dem Kriege nicht rosig, wie aber sah es denn anderswo aus? Auf dem Ende Juli d. J. in Brüssel abgehaltenen belgischen Gewerkschaftskongresse kamen Dinge zur Sprache über den gesetzlichen Schutz der Streikbrecher und die in Antwerpen vorgenommenen Verhaftungen von Seeleuten zu mehreren Jahren, welche noch die Erwartungen untrr Scharfmacher überrreffen dürften. Militärattachen auf Streikende sind in Frankreich seit langem an der Tagesordnung — man hat bei uns nichts weiter dabei gefunden, obwohl die Verwendung von Militär bei wirtschaftlichen Kämpfen in Deutschland doch zu den großen Seltenheiten gehört. Man hat sich im Ausland also einen förmlichen Popanz von Deutschland gemacht. Wenn nun, was man allgemein wünscht und erwartet, ein stark veränderter Kurs bei uns eingeschlagen wird, dann fällt es der Arbeiterchaft in den andern Ländern noch schwerer, sich von Deutschland eine richtige Vorstellung zu machen. In der deutschen Arbeiterbewegung wird man künftig auf solche Fernwirkungen mehr Bedacht nehmen müssen.

Eine auffallende, aber nicht die übliche Erscheinung in diesem auch die Arbeiterbewegung erfassenden Kriegswirrwarr ist die Haltung mahgebender englischer Arbeiterführer. Zunächst trafen John Burns und Lord Trevelyan von ihren Ministerposten zurück zum Zeichen des Protestes gegen die Kriegspolitik von Oren, der Rußland und Frankreich für das englische Schwachergeschäft die Kastanien aus dem Feuer holen lassen will. Wie diese Männer sich in Schrift und Wort als Gegner des Krieges bekannt und Oren scharf angriffen, so auch die direkt sozialdemokratisch gezeichneten Arbeiterführer Keir Hardie, Spindman, Macdonald, welche lesterer im Unterhause der Regierung überhört brenzliche Fragen über die Ursachen des Krieges stellte. Der „Daily Citizen“ (Tägliches Bürger), das einzige täglich erscheinende Arbeiterorgan, hat auch nach dem Kriegsbeginne deutschfreundliche Artikel gebracht. Am 4. August fand eine Konferenz der Arbeiterpartei mit den Gewerkschaften statt, in der gleichfalls gegen den Krieg und das unaufrichtige Bündnis protestiert wurde. In dem Manifest der englischen Arbeiterpartei wird glatt verneint, daß die belgische oder die belgische Frage England in den Krieg getrieben hätte, und dann gesagt:

Wer glaubt, wenn Frankreich im Streite mit Vertragsverfehlen in Belgien eingestiegen wäre, um Deutschland zu packen, daß wir dann Feindseligkeiten gegen Frankreich begonnen hätten? Hinter dem Rücken von Parlament und

Volk hat das englische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten heimlich Dinge mit Frankreich abgeprochen und das zugestanden, als man es darum fragte. Darum steht jetzt England vor dem Verderben und vor der Verarmung durch den Krieg. Verträge und Übereinkünfte haben die republikanische Partei Frankreichs an das tyrannische Rußland gekettet und England an Frankreich. Seinerzeit wird das deutlich gemacht und die verantwortlichen Männer zur Verantwortung gezogen werden.

Der Kriegstreiber Oren und seine Spießgesellen sollen also zur Verantwortung gezogen werden. Burns, der aus der Arbeiterklasse emporgestiegene Minister, tritt mit einem Kollegen lieber zurück, um nicht verantwortlich gemacht zu werden für den nun entfalteten Weltbrand. In Frankreich und Belgien aber treten unter Zustimmung ihrer Partei Arbeiterführer in die Regierungen ein, wodurch den Schuldigen schließlich noch die Verantwortung verringert wird! Wie neultens verlautet, wollen andererseits die sozialdemokratischen Abgeordneten der Wuma den Sitzungen fernbleiben, in denen die Vorlage der russischen Regierung über die Kriegssteuern verhandelt werden soll. Zugunsten ist, daß in Englands Arbeiterchaft sich in jüngster Zeit ein gewisser Umschwung zu vollziehen scheint. So hat Macdonald jetzt im „Daily Citizen“ einen Brief an seine Wähler geschrieben, in dem er kurzgefaßt erklärt, England könne nicht mehr zurück, die jungen Männer müßten sich für seinen Sieg einsehen, er selbst wünsche für sich die Gelegenheit zur Übernahme eines Amtes für das Vaterland. Das alles klingt aber doch anders als die phrasenreichen Aufrufe der französischen Arbeiterführer, die öffentlich verkünden, mit ihrer Regierung durch dick und dünn zu gehen. Abriß geht die Meinung innerhalb der englischen Arbeiterbewegung nicht allenthalben mit Macdonalds zum Teil veränderten Standpunkte konform. Der englische Kriegsminister hat an alle Parteien das Ersuchen gerichtet, die Regierung bei der weiteren Rekrutierung zu unterstützen, worunter zumeist die Stimmungsmache in Versammlungen für das Anwerben zum Militär zu verstehen ist. Die Exekutivkomitee der nationalen Arbeiterpartei will nun dem Ansuchen der Regierung entsprechen, der Nationalrat der unabhängigen Arbeiterpartei jedoch nicht, während das parlamentarische Komitee der Trade Unions in einem Aufrufe den Wählern der Regierung zuschmeichelt, damit durch Befehligung der Arbeiter am Kriegsdienste das System des Söldnerheeres in der Zeit der Not nicht schiffbruch erleide und die allgemeine Heerespflicht dann eingeführt werden müßte. Man sieht, wie im allgemeinen die Internationale jetzt ein recht buntes Bild bietet, so geht es in einem Lande schon stark durcheinander.

Selbst sieht, daß Frankreich und Belgien durch das Verhalten ihrer sozialdemokratischen Führer nicht nur Deutschland, sondern auch die deutsche und österreichisch-ungarische Arbeiterchaft schwer gekränkt haben. Wenn dann noch in dem oder jenem Lande davon die Rede ist, die Deutschen nach dem Kriege über ihre angebliche Beklemmung zum Militarismus oder Chauvinismus zur Rechenschaft zu ziehen, dann wird der deutsche Michel offensichtlich auch hier erwachen und frank und frei von der Leber reden. Es darf nicht so kommen, wie es bisher bei der deutschen Diplomatie der Fall war, daß man für Unfreundlichkeiten des Auslandes devotest quittiert. Das ist mit Recht getadelt worden. Zeige man daher, wenn es notwendig wird, woran wohl kaum zu zweifeln, lieber recht deutlich, „was 'ne Harke ist“.

## □ □ □ □ Unsere Fahne! □ □ □ □

Bis vor wenigen Tagen konnte man in den Arbeiterquartieren Groß-Berlins durch Fahnen festlich geschmückte Straßen bewundern. Schwarz-weiß-rot war der Grundton. Nur wenige Bewohner hatten sich ausgeschliffen, und zu denen gehörte wohl auch der Kollege, der in der letzten Berliner Gaugeneralversammlung gegen die Fahnen loslegte und den flaggenreidigen Kollegen empfahl, das dafür auszugebende Geld lieber der „Maffineekasse“ zur Unterstützung der Frauen der ins Feld gerückten Kollegen zu überweisen. Mit diesem Gedanken kann man sich schließlich betreunden; nur darf man nicht vergessen, daß das allgemeine Flagen aufstehend gewirkt hat, und den Buchdruckern unter den Flaggenden soll man das auch nicht verargen. Stehen doch so viele Kollegen im Felde, die sicherlich an den deutschen Siegen teilhaben werden, und ihnen zu Ehren . . .

Auch ich gehörte zu den Flaggenden; allerdings tat ich es mit einer farbigen Fahne mit einer Buchdruckerfahne. Als dann die farbenkredige Fahne im hellen Sonnenschein vorm Fenster lustig flatterte, zauberte sie mir manch schöne Erinnerung zurück: jüngere und ältere, von der „Bugra“, dem Stommers in Leipzig und dem Filcher Ostfau, bis hin zum Anfange meiner Lehrzeit, da mir durch irgendwelchen Zufall das Lied in die Hand kam: „Stoht an, Typographia soll leben!“ Unwillkürlich mühte ich den Vers lumen: „Purpur, Gold, Blau, Silber der Kaiser uns gab, und schwarz drucken stets unsre Lettern sich ab . . .“

Die Waise, das Gaußscheft und andre kollegiale Veranfassungen: Auserneuern, Rekrutenabschiede sowie Berufs- und Verbandsjubiläen kamen mir wieder in den Sinn, und alles sagte mir: das war echte Kollegialität!

Und heute, in der ersten Zeit, die so viel Begierung für unsre siegreichen Truppen übrig läßt, sie jetzt sich wieder die schöne echte Kollegialität: einer für alle — alle für einen! Opfer um Opfer werden gebracht, zum Teil durch abwechselndes Aussehen, um allen wenigstens ein paar Mark zukommen zu lassen. Andererseits durch erhöhten Beitrag usw., um möglichst lange die arbeitslosen Kollegen zu unterstützen. Und wenn sich vielleicht hier und da einzelne Stimmen mit solchen Mahnungen nicht voll einverstanden erklärten, dann fanden sie wenig Gehör, geschweige Oegenliebe.

Auch unser Schirm und Schutz in Friedenszeiten, unser stolzer Verband, zeigte sich in diesen Kriegswirren auf der Höhe. Man kann den Steuermännern unsres Verbandschiffes wohl vertrauen, daß sie es um die gefährlichsten Kitppen wohlbehaltener herumbringen und zur rechten Zeit stoppen, damit das Schiff nicht auf Grund gerät. Das hat die letzte Gauvorfteherkonferenz bewiesen. Wenn sich der eine oder der andre durch ihre Beschlüsse benachteiligt oder geschädigt glaubt, so beweist er damit nur, daß er den Geist für das große Ganze noch nicht hat, daß ihm wahre Kollegialität fehlt.

Nicht kleinliche Berechnungen, wo einem eine halbe Mark entgangen sein könnte, sondern das Wohl der Allgemeinheit soll jedem vor Augen schweben, und das ist der Grundzug in den Beschlüssen, die jüngst gefaßt wurden. Kollegialität bis zum äußersten! Was sei die Fahne, die uns allen jetzt voranschweben möge. Berlin. Artus.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

-f. Karlsruhe. Der Krieg mit allen seinen schrecklichen Begleiterscheinungen hat auch im Bezirke Karlsruhe große Veränderungen hervorgerufen. Von den fast 700 Mitgliedern wurden bis jetzt über 200 zur Fahne einberufen, darunter über 100 Wehrerale mit fast 150 Kindern. Außerdem wurden hier 85 Arbeitslose und 24 Kranke. Auch hier verhauchte man in einigen kleineren Geschäften am Tage der Mobilmachung das Personal ohne Kündigung zu entlassen. Durch Vermittlung der tariflichen Instanzen erhielten die entlassenen Kollegen aber eine Entschädigung von acht Tagen Lohn. Als erste Firma am hiesigen Orte, die nur noch vier Tage arbeiten ließ und Entlassungen vornahm, ist die G. Braunische Hofbuchdruckerei zu nennen. Ihr folgte nach drei Wochen die Müllerische Hofbuchdruckerei sowie Gedt & Co., wo jetzt auch nur noch vier Tage gearbeitet wird. Seitens der Geschäftsleitung der G. Braunischen Hofbuchdruckerei stellte man an das Personal das Ansuchen, überstunden ohne die tariflichen Zuschläge zu machen und die Grundentschädigung von 1,50 Mk. für Sonntagsarbeit nicht zu berechnen. Es bedurfte erst einer Druckererversammlung, um die Kollegen von dem tarifwidrigen Verlangen der Geschäftsleitung zu überzeugen. Die Kollegen sind der Ansicht, daß gerade in den beiden ersten Druckerereien man es nicht so eilig hätte haben brauchen mit Entlassungen und Arbeitszeitverkürzung, denn beide Geschäfte haben staatliche Arbeiten. Man hätte wohl etwas mehr soziales Verständnis voraussehen können. Wir haben aber in Erfahrung gebracht, daß die Einführung der verkürzten Arbeitszeit auf einen Beschluß des hiesigen Zeitungsverlegervereins zurückzuführen ist, in dem Herr Dr. Kniffel tonangebend ist. Es hat sich aber gezeigt, daß seit der Verkürzung der Arbeitszeit in beiden Druckerereien des öfters Überstunden gemacht werden mußten. Man hat das Gefühl, als sollte jetzt mit dem reduzierten Personal und der verkürzten Arbeitszeit daselbe geleistet werden wie bei der neunmündigen Arbeitszeit. — Der Ortsverein hat in seiner am 3. September abgehaltenen Versammlung auch Stellung zur Unterstützung der Familien der eingezogenen verheirateten Kollegen genommen und beschlossen, eine Summe von 4000 Mk. hierfür zur Verfügung zu stellen. Um weitergehenden Ansprüchen genügen zu können, beschloß die Versammlung, eine Extrafestier von 50 Pf. pro Woche von allen vollbeschäftigten Kollegen zu erheben. Diese Beschlüsse wurden von den zahlreich anwesenden Kollegen einstimmig gefaßt. Auch mit den Beschlüssen der Gauvorfteherkonferenz in bezug auf die Unterstützungen erklärte man sich einverstanden, desgleichen mit den Beschlüssen einer Bezirksvorfteherkonferenz, den Arbeitslosen- und Krankenzuschuß betreffend.

Nk. Kassel. „Schere Zeit, schwere Zeit.“ können wir auch hier von der jetzigen Situation in unsern Reihen sagen. 120 Kollegen bis jetzt zu den Fahnen gerufen, etwa 100 Arbeitslose und über 100 Kollegen, die mit beschränkter Arbeitszeit fürliebnehmen müssen, dazu eine größere Anzahl Kranke, so sieht es in unserm Bezirke von über 500 Mitgliedern aus. Das wird uns aber nicht hindern, wie bisher so auch jetzt frei und fest zusammenzuhalfen. Daß dem so ist, hat unsre am 29. August abgehaltene Bezirksversammlung bewiesen. Außer den Abgeordneten der einzelnen Bezirksorte, soweit diese infolge der augenblicklichen schlechten Wohnverhältnisse anwesend sein konnten, waren unsre Kollegen in übergroßer Zahl anwesend. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden Engelbach gedachte dieser der ins Feld gezogenen Kollegen, ihnen allen eine glückliche Wiederkehr wünschend. Nunmehr erstattete Gauvorfteher Dominé den Bericht über die Beschlüsse der Kriegskonferenz der Gauvorfteher in Berlin, dem die Verammelten mit Interesse folgten. Die nun folgende Aussprache zeitigte volles Verständnis für die gegenwärtige Situation. Der Verband hat bewiesen, daß er das, was er verspricht, ein Helfer in allen Lebenslagen zu sein, auch hält. Ein Antrag auf Erhebung einer Extrafestier aus Bezirksmitteln wurde ab-

gehört. Der Frage betreffs einer Unterfützung der An-  
gehörigen von Kriegsteilnehmern soll später nähergetreten  
werden; es wurden auch Gaumnittel in Aussicht gestellt.  
Unter den Versammlungsteilnehmern waren auch mehrere  
Kollegen aus Mäh angewandt, die mit den von dort Aus-  
gewanderten hier untergebracht worden waren. Der Wunsch  
unseres Vorstehenden am Schlusse der Versammlung, daß  
jeder Kollege in dieser schweren Zeit voll und ganz seine  
Pflicht tun möge, wurde bekräftigt durch ein begeistert  
ausgeprochenes Hoch auf den Verband. Die „Topographia“  
hat ihre regelmäßigen Übungsstunden eingestellt, dafür  
findet Montags zwangloses Zusammensein im Vereins-  
lokale statt. Hoffen und wünschen wir, daß uns baldigst  
ein dauernder Friede beschert werden möge zum Segen  
unseres so schwer bedrohten Vaterlandes.

**ckh. Köln.** An Stelle des zur Fahne einberufenen  
Kollegen Moles eröffnete Kollege Müller die Monats-  
versammlung vom 5. September. Er zeichnete mit  
kurzen Strichen ein Bild von der derzeitigen Lage am  
Orie. Auch hier spielt die Arbeitslosigkeit eine große Rolle.  
Die Zahl der Arbeitslosen hat die 250 bereits überschritten,  
wogzu noch etwa 40 wechselseitig Ausgehende kommen.  
Während einige Prinzipale vorbildlich auch für die Familien  
der Eingezogenen sorgten, haben andre sehr rigoros  
gehandelt und ihre Gehilfen gleich aufs Pfaster gesetzt, oft  
auch ohne Einhaltung der Kündigungsfrist, so daß man  
erst klagen mußte. Nach Erledigung einiger  
rein örtlicher Angelegenheiten nahm Gauvorsitzer Albrecht  
das Wort zu seinem Vortrage: „Die durch den Kriegs-  
zustand geschaffene Lage des Verbandes“. Noch niemals  
haben wohl die „frockenen Zahlen“ einen so großen, leben-  
digen Eindruck hervorgerufen wie in diesem klaren und  
übersichtlichen Referate. Die Arbeiter müssen eben nicht  
nur ihr Blut, sondern auch ihr Gut dem bedrohten Vater-  
land opfern. Bei der überaus starken Inanspruchnahme  
des Verbandes durch sein Unterfützungsweesen muß es für  
jeden, der das Glück hat, noch vollbeschäftigt zu sein, als  
Ehrenpflicht gelten, die kleine Extratrsteuer von 50 Pf. zu  
tragen. Leider muß festgestellt werden, daß auch hier am  
Orie wegen dieser geringen Extratrsteuer nicht überall das  
Verständnis anzutreffen gewesen ist, das mit Rücksicht auf  
die Schwierigkeiten, die die Organisation zu überwinden  
hat, bei der Gesamtkollegenchaft hätte vorausgesetzt werden  
müssen. Doch solche unliebsame Einzelercheinungen  
können uns an unserm Ziele nicht irre machen: die Not  
unserer Kollegen nach Möglichkeit zu lindern und vor allem  
auch dafür zu sorgen, daß die einst Zurückkehrenden, die  
ihre Leben aufs Spiel setzten, dann auch noch einen Fonds  
vorfinden, der sie über die erste Zeit der Arbeitslosigkeit  
hinweghilft. Der lebhafteste Beifall, der dem Referate  
folgte, gab Zeugnis von dem Eintruche, den die Worte  
des Redners hervorgerufen. Wie zu erwarten war, wurde  
eine Diskussion über den Vortrag nicht beliebt, und so  
konnte die Versammlung schon dreiviertel Stunde vor der  
für Köln auf 12 Uhr festgesetzten Polizeistunde geschlossen  
werden.

**H. Leipzig.** Die außerordentliche Generalver-  
sammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schrift-  
gießergehilfen am 14. September ist als ein Lichtblick im  
Leipziger Versammlungsleben zu bezeichnen. Über 2000  
Kollegen füllten den großen Saal des „Volksbundes“ bis  
auf den letzten Platz aus. Es galt Stellung zu nehmen  
zu der infolge des Krieges veränderten gewerblichen und  
organisatorischen Situation und zur Unterfützungsfrage.  
Das Hauptinteresse richtete sich auf das Referat des Gau-  
vorsitzers Engelbrecht. Er schilderte, unterfützt von  
reichem Zahlenmaterial, in klarer und überzeugender Weise  
die einschneidenden Veränderungen, die der Krieg auf das  
gewerbliche Leben zur Folge hatte und die infolgedessen  
entstandenen Schwierigkeiten für die Gesamtorganisation  
und den Leipziger Gau. Im besondern behandelte der  
Referent den Verlauf der Gauvorsitzerkonferenz, deren  
Beschlüsse als eine dringende Notwendigkeit bezeichnend,  
um die Ansprüche der Mitglieder auf Unterfützung für  
längere Zeit sicherzustellen und im übrigen die Organisation  
den höheren gewerblichökonomischen Interessen der Mitglieder  
dauernd dienlich zu erhalten. Lebhaftester Beifall folgte  
diesen Ausführungen. Im Anschluß an sein Referat legte  
Kollege Engelbrecht der Versammlung folgende Anträge  
vor: „Um es zu ermöglichen, daß den völlig arbeitslosen  
Kollegen auch für die Zukunft der Gauzuschuß zur Ver-  
bandsunterfützung gewährt werden kann, beauftragt die  
außerordentliche Generalversammlung den Vorstand, die  
zurzeit geltenden Vorstandsbeschlüsse wie folgt abzuändern:  
1. Gauzuschuß erhalten nur diejenigen, die vollständig  
arbeitslos sind; aussehende Mitglieder oder solche, die ver-  
hört arbeiten, erhalten keine Gauunterfützung. 2. Ein Zu-  
schuß zur Krankenunterfützung aus Gaumnitteln wird nur  
an solche Mitglieder verabfolgt, die mindestens 250 Bei-  
träge an den Gau geleistet haben. 3. Gauzuschuß zur  
Verbandsunterfützung können invalide Kollegen bis  
auf weiteres nicht mehr erhalten. Ferner beschließt die  
außerordentliche Generalversammlung: Diejenigen  
Kollegen, die bis zu 35 Mk. wöchentlich verdienen, haben  
eine Gauextratrsteuer von 50 Pf., diejenigen, die über 35  
bis 40 Mk. wöchentlich verdienen, eine solche von 75 Pf.  
und diejenigen, die über 40 Mk. wöchentlich verdienen,  
1 Mk. Extratrsteuer pro Woche an den Gau zu entrichten.“  
Nachdem in der darauf eröffneten Diskussion zwei Kollegen  
in kurzen Worten ihre Zustimmung zu den Ausführungen  
des Gauvorsitzers und den Vorschlägen des Gauvorstandes  
erklärt hatten, stimmte die große Versammlung den vor-  
gelegten Anträgen einstimmig zu. Die Befriedigung über  
sich selbstene Einstimmigkeit und Opferbereitschaft war eine  
ungeheure. Kollege Engelbrecht gab diesem Gesühle noch  
besonders Ausdruck und schloß die denkwürdige Versamm-  
lung nach kaum anderthalbstündiger Dauer.

**Potsdam.** Am 5. September hielt unser Ortsverein  
eine guldliche Versammlung ab, die sich in erster  
Linie mit den Kriegsmahnahmen der Gauvorsitzerkonferenz  
befaßte. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils, wobei  
festgestellt wurde, daß unser starker Ortsverein nur noch  
42 vollbeschäftigte Mitglieder zählt, erklärte sich die Ver-  
sammlung nach den ausführlichen Erörterungen des Vor-  
sitzenden über das Für und Wider der Mahnahmen der  
Gauvorsitzerkonferenz mit den Beschlüssen derselben einmütig  
einverstanden. Bedauert wurde, daß der Termin des Ein-  
kraftstretens der Reduzierungen nicht mindestens einen  
Monat später gewählt worden sei. Den Familien der im  
Felde stehenden Kollegen wird der Ortsverein mit einer  
monatlichen Unterfützung helfend zur Seite stehen. Be-  
deutend erleichtert wird uns dies auch dadurch, als in der  
Versammlung bekanntgemacht werden konnte, daß die  
Firma M. W. Sanns Erben (Kurt Gerber) den Familien  
sämtlicher Angestellten der Kriegsteilnehmer vorläufig auf  
ein Vierteljahr für die Frauen 6 Mk. und für jedes Kind  
2 Mk. zahlen werde. In Betracht kommen hierbei 19 ver-  
heiratete Kollegen unseres Ortsvereins. Erwähnt sei hierbei  
noch, daß auch die Vereinsdruckerei, G. m. b. H. (Potsdam),  
den Familien für jedes Kind 6 Mk. Unterfützung zahlte.  
Sofortlich folgen die andern Firmen diesen vorbildlichen  
Beispielen bald nach. Um nun die Unterfützung für  
längere Zeit durchzuführen zu können, wurde der Ortsvereins-  
beitrag für die Vollbeschäftigten um 45 Pf., für die bei  
verkürzter Arbeitszeit stehenden Kollegen um 20 Pf. er-  
höht. Der Beschluß wurde mit Einstimmigkeit gefaßt.  
Wir hoffen, daß mit Beginn des Winters eine stärkere  
Arbeitslosigkeit Platz greifen wird, um so unsere Ver-  
pflichtungen gegen die Familien unserer Kriegsteilnehmer,  
den Nichtbezugsberechtigten und Ausgelassenen voll und  
ganz gerecht werden zu können. Die erste Rate für die  
Familien im Betrage von etwa 200 Mk. gelangte bereits  
zur Auszahlung.

**Wüzburg.** Die Mitgliederversammlung vom  
6. September hatte einen den jetzigen Verhältnissen ent-  
sprechenden guten Besuch zu verzeichnen. Kollege Baier  
gab als selbstvertreter Vorredner zunächst Größe unseres  
ersten Vorredners Kollegen Semmerich, zurzeit zum Land-  
sturm eingerückt, bekannt; neben andern örtlichen Regu-  
lungen ermahnte er die noch einrückenden Kollegen zur  
Selbstversicherung bei der Ortskrankenkasse. Die Beschlüsse  
der Gauvorsitzerkonferenz, erläutert durch das Zentral-  
vorstandssirkular Nr. 3, wurden von der Versammlung  
aufgelesen, wenn auch die Konferenz unsern gestellten  
Anträgen nicht beigetreten war. In bezug auf die Kranken-  
unterfützung wurde der Ortszuschuß laut Satzungen bei-  
gehalten, wonach bei 52 geleisteten Wochenbeiträgen 50 Pf.  
pro Tag gewährt werden. Zur Aufklärung gab Kollege  
Baier bekannt, daß bezüglich des Kriegsbeitrages von  
50 Pf. das Handbühnvermögen maßgebend sei. Das An-  
wachsen der Konditionsloten am Orie zeigt die ausgezahlte  
Unterfützung, die von 259 Mk. im Juli auf 997 Mk. im  
August anstieg. Die Gewährung einer Familienunterfützung  
an die zum Kriegsdienst eingerückten Kollegen fand eine  
eingehende Erörterung und zeitigte einen diesbezüglichen  
Beschluss. Infolgedessen wurde von einer Zuwendung seitens  
der Ortskasse zum freiwilligen Hilfsfonds des Gau's Ab-  
stand genommen. Mit dem dringenden Ersuchen, auch  
in der jetzigen ersten Zeit den Tarif hochzuhalten, schloß  
Kollege Baier die sachlich verlaufene Versammlung.

**Zwidau.** Die gegenwärtige schwere Zeit gab auch  
unser am 6. September abgehaltenen Versammlung ihr  
Gepräge. Zahlreich waren die Kollegen erschienen, um  
aus dem Munde des Kollegen Dähnel (Chemnitz) noch  
einmal die Beschlüsse der letzten Gauvorsitzerkonferenz zu  
vernehmen. Die umliegenden Druckorte Aue, Glauchau,  
Krimmitschau, Meerane und Zwidau hatten aus diesem  
Anlasse Vertreter nach Zwidau entsandt. In klarer,  
allgemeinverständlicher Weise schilderte der Referent die  
zwingende Notwendigkeit, die für die Konferenz vorlag,  
für die Dauer des Kriegszustandes die Unterfützungssätze  
so zu regeln, daß der Verband dadurch nicht erschüttert  
wird. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:  
„Die am 6. September tagende Ortsvereinsversammlung  
der Mitgliedschaft Zwidau, der auch Vertreter der Mit-  
gliedschaften aus Aue, Glauchau, Krimmitschau, Meerane  
und Werdau beiwohnen, erklärt sich mit den Beschlüssen  
der Gauvorsitzerkonferenz nach den gegebenen Erläute-  
rungen des Gauverwalters Kollegen Dähnel (Chemnitz)  
voll und ganz einverstanden. Die Verammlungen erkennen  
an, daß die Konferenz den unterfützungsbedürftigen Mit-  
gliedern angeichts der schweren Krise in weitgehendstem  
Maße entgegengekommen ist. Jedenfalls ist es besser, die  
Unterfützung wird gekürzt, damit dieselbe auf längere Zeit  
hinaus gezahlt werden kann, als daß die fakturische  
Unterfützung weiter gezahlt wird, die dann schließlich in  
einer Zeit ganz eingestell werden muß. Im weitern ist  
auch zu bedenken, daß der Verband wirtschaftlich nicht  
vollends ruiniert werden darf, weil er dann seine Haupt-  
aufgabe, unsre Lohn- und Arbeitsverhältnisse sorgfältig zu  
bessern, nicht mehr erfüllen kann.“ Ein vorliegendes Auf-  
nahmegesuch wurde abgelehnt. Um den Beschluß, bedürftige  
arbeitslose Kollegen und Familien der zum Meer ein-  
gezogenen Kollegen aus der Ortskasse in besondern Fällen  
zu unterfützen, wirksamer durchzuführen zu können, legte  
sich die Mitgliedschaft Zwidau einen Extrabeitrag von  
50 resp. 25 Pf. auf.

wöchentlich 6 Mk. und zahlt die Beiträge zur Betriebs-  
krankenkasse weiter. — In Brandenburg (Havel) zahlt  
die Buch- und Kunstdruckerei J. Wieseke den Frauen ihrer  
zur Fahne einberufenen Geschäftsangehörigen wöchentlich  
6 Mk. und für jedes Kind 2 Mk. — In Breslau ge-  
währt die Buchdruckerei D. Gutschmann den Frauen ihrer  
eingezogenen Gehilfen monatlich 25 Mk. — In Bremen  
zahlt die Buchdruckerei des Traktatbundes, G. m. b. H.,  
den Familien ihrer in den Krieg gezogenen Geschäftsange-  
hörigen wöchentlich 10 Mk. — In Dresden gewährt der  
Verlag der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ den Frauen  
ihrer zur Fahne einberufenen Geschäftsangehörigen vom  
Tage der Mobilmachung an wöchentlich 6 Mk. und für  
jedes Kind 1 Mk. — In Essen zahlt die Buchdruckerei  
F. W. Rohden der Familie des zum Kriegsdienst ein-  
gezogenen Gehilfen wöchentlich 10 Mk. — In Frank-  
furt a. M. gewährt die Bauersche Gießerei den Frauen  
ihrer zum Meer einberufenen Gehilfen monatlich 9 Mk.  
und für jedes Kind 6 Mk. Außerdem zahlt die Firma  
für alle Gehilfen die gesetzlichen Versicherungsbeiträge sowie  
jene für die Familienversicherung. Das gleiche Entgegen-  
kommen zeigen auch die Schriftgießerei D. Stempel, die  
Schriftgießerei Ludwig & Maner und Glöcklich bis zur  
Höhe von 20 Mk. monatlich sowie die Schriftgießerei von  
Bernh. Krebs. — In Krimmitschau gewährt die Buch-  
druckerei Wölffler & Neumerkel ihren zum Kriegsdienst  
eingezogenen Gehilfen sowie deren Familien eine Beihilfe.  
— In Stuttgart zahlt die Sehmalschmieddruckerei Sol-  
zinger & Co. den Familien der ins Feld gezogenen Ge-  
hilfen und Hilfsarbeiter einen monatlichen Zuschuß  
von 20 Mk. und die Krankenkassenbeiträge. — In Ulm haben  
die Buchdruckereien J. Ebner („Ulm's Tagblatt“) und  
jene der „Ulm's Zeitung“ (L. Reiber) den Frauen ihrer  
zur Fahne berufenen Gehilfen einen wöchentlichen Zuschuß  
von 7 Mk. bewilligt.

**Ferien!** Die Stuttgarter Sehmalschmieddruckerei Sol-  
zinger & Co. bewilligte für das gesamte Personal drei bis  
sechs Tage Ferien.

**Gehilfenprüfungen in München.** Die Gehilfenprü-  
fungen für Buchdrucker in München können in diesem Jahre,  
da die Fachschule noch von Militär belegt ist, nicht vor  
dem November stattfinden. Der Prüfungstermin wird noch  
bekannt gemacht.

**Ende der behördlichen Achtung der Konsumvereine?**  
Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsum-  
vereine hat sich an verschiedene Ministerien mit der Be-  
schwerde gewandt, daß den Reichs- und Staatsbeamten  
vielfach die Zugehörigkeit zu Konsumvereinen des Zentral-  
verbandes entweder direkt verboten oder sonst unmöglich  
gemacht werde. Das Reichspostamt hat daraufhin fol-  
gende Verfügung erlassen: „Es wird kein Einspruch er-  
hoben werden, wenn Angehörige der Reichspost- und  
Telegraphenverwaltung den Konsumgenossenschaften des  
Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beitreten. Die  
Oberpostdirektionen haben hiervon Kenntnis erlassen.“  
Auch die Magdeburger Eisenbahndirektion hat auf eine  
entsprechende Anfrage bezüglich der Eisenbahnbeamten und  
-arbeiter in gleicher Weise geantwortet. Was den Post-  
und Eisenbahnbeamten erlaubt ist, kann vernünftigerweise  
auch allen übrigen Staatsbeamten nicht mehr länger ver-  
boten bleiben. Es wird deshalb eine gleiche Entscheidung  
über übrigen in Frage kommenden Behörden nicht mehr  
lange auf sich warten lassen. Damit dürften aber zweifel-  
los auch alle jene behördlichen Verfügungen, die bisher den  
Staatsangestellten und -arbeitern das Koalitionsrecht  
verhimmerten, ebenfalls ins Wanken geraten. Denn das  
müssen sich doch die verantwortlichen Männer an der  
Spitze der Regierung nach den Erfahrungen der letzten  
Wochen sagen, daß Organisationen, die in schwerer Kriegs-  
zeit so nützlich wirken wie die deutschen Konsum-  
vereine und Gewerkschaften, auch in Friedenszeiten für den  
Staat keine Gefahr bilden. Sie werden im Gegenteil zugeben  
müssen, daß gerade die wirklichen Arbeiterorganisationen  
in Deutschland in hervorragendem Maße mit dazu beigetragen  
haben, ein wehrhaftes und trotz aller Not und  
Gefahr mögliches Volk heranzubilden und zu erhalten, und  
daß in Wahrheit nur jene Organisationen und Bestrebungen  
als faais- und volksfeindlich zu bewerten sind, die sich  
den Bemühungen der Arbeiterorganisationen, die wirt-  
schaftliche und kulturelle Lage ihrer Angehörigen zu heben,  
feindlich entgegenstellen.

**Wucherpolitik des Kohlenyndikats.** Für Haus-  
brandkohle kündigt das Kohlenyndikat eine Preisserhöhung  
von 1,50 Mk. für die Tonne an. Die Preissteigerung  
wird mit dem Hinweis auf die erhöhten Gesehungskosten  
begründet. Die Absicht des Kohlenyndikats wird in den  
weitesten Kreisen nicht verstanden, sondern genau so be-  
wertet werden wie die Preissteigerungen notwendiger  
Lebensmittel zu Beginn des Krieges. Man wird dagegen  
von Syndikat einwenden, daß dieser Vergleich nicht zu-  
treffend, daß die Preissteigerung der Nahrungsmittel un-  
motiviert war, während die Gesehungskosten der Kohle  
sich seit Kriegsbeginn merklich erhöht haben. Zugegeben,  
die Gesehungskosten haben sich erhöht, so muß doch betont  
werden, daß die Erhöhung nicht 1,50 Mk. für die Tonne  
beträgt. Das wird das Kohlenyndikat auch gar nicht  
behaupten wollen. Die Erwägungen, die zu der starken  
Preiserhöhung für Hausbrand geführt haben, geben viel-  
mehr davon aus, daß von dem Gesamtabgabe des Kohlen-  
yndikats der Absatz von Hausbrandkohle in den kom-  
menden Monaten eine feste Größe ist, mit der gerechnet  
werden kann. Kohle für industrielle Zwecke wird weniger  
verbraucht werden. Durch eine Preiserhöhung für sie  
würde man die Nachfrage womöglich noch abschwächen.  
Für die Erwärmung der Wohnungen aber wird Kohle  
genau wie in normalen Jahren gebraucht werden. An  
dem Absatze dieser Kohle kann man sich bis zu einem ge-

□ □ □ □ □ □ **Rundschau** □ □ □ □ □ □  
**Vorbildliche Unternehmer!** In Allendorf (Werra)  
gewährt die Buchdruckerei Bodenheim & Co. den Frauen  
ihrer zum Felddienst einberufenen Geschäftsangehörigen

wissen Grade schädlos halten für die Verluste, die beim Kohlenabgabe notwendig entstehen müssen. Also hat das Syndikat die Macht und Möglichkeit, hier mit einer kranken Preiserhöhung vorzugehen. In diesem Vorgehen liegt nun eben die Ausnutzung einer gewissen Notlage, in der sich die konsumierende Bevölkerung während der Kriegszeit befindet. Die Preispolitik des Kohlenyndikats hat schon oft Anstoß erregt, aber diesmal wird sie helle Entrüstung erwecken, die nicht wie sonst, rasch verfliegen, sondern zu Gegenmaßnahmen führen wird. Und diese Entrüstung provoziert das Syndikat wegen einer Einnahme von höchstens 15 Millionen Mark. Bei einem Gesamtabgabe von etwa 75 Millionen Tonnen entfallen an den Hausbedarf noch nicht ganz 10 Millionen. Die Verluste, die der Steinkohlenbergbau im Krieg erleiden wird, werden 15 Millionen Mark erheblich übersteigen. Es ist eine Tragödie, was hier das Kohlenyndikat in der Not der Zeit aus der Kohle des armen Mannes herauszuholen gedenkt. Die Reserven unserer Bergwerksgesellschaften sind so stark, daß sie den Krieg leichter überleben können wie die meisten andern Produktionszweige. Am so bedenklicher ist die Verleuerung der Hausbrandkohle. Es gibt verschiedene Wege, gegen das Kohlenyndikat vorzugehen. Da käme zunächst ein Eingreifen der Behörden in Frage, die einen Maximalpreis für die Hausbrandkohle festsetzen könnten. Aber darüber gebe man sich keiner Täuschung hin: wenn das Kohlenyndikat sich nicht gutwillig zu einer Änderung seiner unpatronischen Preispolitik versteht, so wird ein behördliches Eingreifen kaum hinreichen, um das Kohlenyndikat zu verhindern, von der Durchführung seiner Absicht abzustehen. Wenn die Festsetzung eines Maximalpreises garantiert noch lange nicht die ausreichende Versorgung des Marktes zu den festgestellten Preisen. Der Konflikt würde nur verschärft, nicht abgeschwächt werden. Darüber sollte man bei der wirtschaftlichen Macht des Syndikats nicht im Zweifel sein. Wirkamer dagegen wäre eine möglichst weitgehende Ausschaltung der Syndikatskohle zugunsten der oberösterreichischen Steinkohle und der Braunkohle. Damit ließe sich der Preispolitik des Syndikats wirksam entgegenarbeiten, vorausgesetzt, daß auch die Behörden, vor allem die Eisenbahnverwaltung solchen Bestrebungen entgegenkäme. Vor allem müßte dafür gesorgt werden, daß in den unbefristeten Marktebenen des Syndikats oberösterreichische Kohle und Braunkohlenbrücke zu niedrigeren Preisen als bisher gelangen könnten. Für die Braunkohle und die oberösterreichische Kohle wäre damit eine Erweiterung ihres Absatzgebietes gegeben, die ihnen über die Zeit des Krieges hinaus bleiben würde. Die Parole für Hausbrand müßte von jetzt ab sein: keine Syndikatskohle, sondern nur oberösterreichische oder Braunkohle bzw. Braunkohlenbrücke.

**Die Fleischversorgung Deutschlands.** Nach der letzten amtlichen Zählung, die am 2. Dezember 1912 stattfand, hat, bezug der Verkaufswert der Viehbestände, im Deutschen Reich 12,42 Milliarden Mark. Am 10. Januar 1883 hatte der entsprechende Wert der damaligen Viehbestände 5,58 Milliarden Mark betragen. Der Viehwert ist allerdings erheblich stärker gestiegen als die Stückzahl der Viehbestände. Innerhalb hat auch die Zahl des gehaltenen Viehes, das sich qualitativ gegen früher merklich gehoben hat, kräftig zugenommen. Denn es betragen 1883 und 1912 die Stückzahlen der Viehbestände:

	1883	1912
Pferde . . . . .	3 522 545	4 523 059
Maulesel und Maultiere . . . . .	1 009	1 883
Stiel . . . . .	8 786	11 264
Rindvieh . . . . .	15 786 764	20 182 021
Schafe . . . . .	19 189 715	5 803 445
Schweine . . . . .	9 206 195	21 923 707
Ziegen . . . . .	2 640 994	3 410 396
Bienenstöcke . . . . .	1 911 797	2 630 837
Federvieh . . . . .	—	82 702 030

Die Stückzahl des Federviehes wurde 1883 nicht ermittelt. In dem Verkaufswerte der Viehbestände ist der Wert der Bienenstöcke und des Federviehes nicht mit enthalten. Vor allem fällt in der obigen Zusammenstellung die ungemessen starke Vermehrung der Schweinebestände auf. Die Stückzahl hat sich mehr als verdoppelt. Die Steigerung des Rindviehes beträgt der Stückzahl nach fast ein Drittel. In dritter Stelle folgt dann die Zunahme des Pferdebestandes, dann folgen die Ziegen. Abgenommen hat die Schafhaltung. Der Verkaufswert für die aufgeführten Viehbestände betrug 1883 und 1912 in Millionen Mark:

	1883	1912
Pferde . . . . .	1678,66	3359,19
Maulesel und Maultiere . . . . .	0,22	1,38
Stiel . . . . .	0,77	1,57
Rindvieh . . . . .	3074,26	7065,12
Schafe . . . . .	306,58	189,17
Schweine . . . . .	476,70	1710,92
Ziegen . . . . .	39,66	88,78

Die größte Wertsteigerung zeigt sich bei den Schweinen. Der Wert der Rindviehbestände hat sich mehr als verdoppelt, der der Pferdebestände fast genau verdoppelt. Die andern Viehgattungen fallen nicht so stark ins Gewicht. Die Steigerung des Rindviehes war Ende 1912 folgende:

	Stückzahl	Verkaufswert in Mill. Mk.
Unter 6 Wochen alte Kälber . . . . .	800 809	49,68
6 Wochen bis 3 Monate alte Kälber . . . . .	931 365	95,73
3 Monate bis 1 Jahr altes Jungvieh . . . . .	2 880 457	488,61
1—2 Jahre altes Jungvieh . . . . .	3 344 866	938,87
2 Jahre und älteres Rindvieh . . . . .	12 224 524	5491,92

Unter dem ältern Rindvieh befinden sich 10 944 283 Kühe mit einem Verkaufswerte von 4,81 Milliarden Mark. Unter diesen sind wieder 10 205 185 Stück Milchkuhe. Vom Federvieh entfällt die größte Stückzahl, nämlich 72 836 760, auf Hühner. Weiter wurden 6 271 802 Gänse, 2605 Enten und 538 108 Truthühner gezählt. Die Entwicklung des Viehbestandes im Deutschen Reich hat sich während der letzten Generation im allgemeinen und namentlich auch im Vergleiche mit dem Auslande sehr günstig gestaltet. Dieser Reichtum an Vieh bildet ebenfalls ein wertvolles Stück des wirtschaftlichen Vermögens, auf das das deutsche Volk in dem jetzigen Kriege bauen kann.

**Die wirtschaftliche Struktur Galiziens.** Galizien, wo sich in den letzten Tagen das Kampffeld zwischen den österreichischen und russischen Heeren, immer mehr erweitert, hat eine Ausdehnung von 78 496 qkm mit mehr als 8 Millionen Einwohnern. Es ist absolut das bevölkerterste Kronland im österreichischen Staatsgebiete. Die Hauptstadt Lemberg mit 210 000 Einwohnern liegt in Ostgalizien am Rande der Podolischen Platte und ist zu einem großen Verkehrszentrum ausgefallen worden. Der Hauptort Westgaliziens ist die alte Ingolonenstadt Krakau an der Weichsel mit 155 000 Einwohnern, die in industrieller Beziehung wegen ihrer günstigen Lage zu den Kohlengebieten Lemberg überlegen ist. Als Industriorte treten noch die deutsche Stadt Biela, die Schweißerstadt von Bielsk, und Sanbuck in den Westbesiden hervor. Die Gewinnung des Steinialzes hat Wieliczka und Bocknia, die des Erdöls Drohobycz und insbesondere Boryslaw zu ihrer Bedeutung verholfen. Das berühmte Steinialzager von Wisliczka hat eine Ausdehnung von Westen nach Osten von 3800 m, von Norden nach Süden von 1200 m und eine Tiefe von 280 m. Bremsel, auf das sich die österreichische Armee zurückgezogen hat, ist seit 1874 zu einer starken Festung umgestaltet und mit Mienenforts, Kasernen, Magazinen usw. versehen. Die Stadt hat 55 000 Einwohner und liegt an der Staatsbahnlinie Krakau—Lemberg. Auf der Podolischen Platte liegt Tarnopol mit 34 000 Einwohnern, und zwar an der Bahn von Lemberg über Podwolyozyska nach Südrussland. Am Nordrande der Platte an einer Bahn ins mittlere Russland liegt der Grenzhandelsplatz Brodn. Die Bevölkerung Galiziens ist hauptsächlich in der Landwirtschaft erwerbstätig. Allerdings steht der Ackerbau noch auf keiner hohen Stufe. Die Viehzucht Galiziens liefert kleine, aber ausdauernde Pferde; Rinder werden in großen Mengen nach den westlichen Kronländern ausgeführt. Auf den Hochweiden der Karpathen findet eine Art Gemüswirtschaft statt. Namentlich reich ist Galizien an Holz. Große Mengen Nutholz, auch für den Schiffbau, werden auf den Flüssen und Eisenbahnen ins Ausland verfrachtet. Neben dem Ackerbau spielt der Bergbau eine wichtige Rolle, während die industrielle Weiterverarbeitung stark zurücktritt. Der lebhafteste Handel liegt größtenteils in den Händen der Juden.

Mus Essen (Ruh): Gerhard Maachen (Dr.).  
Mus Glogau: Artur Kaiser (Dr.).  
Mus Glogau: Fritz Offhans.  
Mus Hannover: Georg Dhlendorf (S.).  
Mus Lindau i. B.: Gebhard Geiger (Schw.).  
Mus Mainz: Gottfried Krollmann (S.); Friedrich Eisner (S.); W. Reinach (P.).  
Mus Marientwerder: Max Preuß.  
Mus Schw.-Gmünd: Bernhard Link.  
Mus Steffin: Julius Heintz (Dr.).  
Mus Stuttgart: Johannes Kub (S.).  
Mus Tübingen: August Kaufmann (S.); Julius Bösch (S.).

**Im September:**  
Mus Baden-Baden: Karl Lang (P.).  
Mus Bad Kissingen: Joseph Fuchs (S.).  
Mus Berlin: Johann Opitz (S.).  
Mus Breslau: Alfred Spiller (S.).  
Mus Dörfingen: August Schirmer (Dr.).  
Mus Hamburg: Chr. Bruhn (S.); F. Niemeyer (P.).  
Mus Kitzingen: Hans Dieß (Dr.).  
Mus Leipzig: Willi Rupprecht (P.).  
Mus München: Jakob Reib (B.).  
Mus Reutlingen: Marin Nagel (M.-S.).  
Mus Speier: Fritz Schmitt (S.).  
Mus Strahburg i. Elß: Fritz Balkian (S.).  
(S. = Seher, M.-S. = Maschinenseher, Dr. = Drucker, Schw. = Schweiberger, G. = Geher, P. = Prinzipal. Die aufgeführten Städte geben den letzten Konditionsort an.)

**Briefkasten.**  
F. S. in M.: In diesem Jahre fällt die Besprechung der Johannistagsreden aus. Wir müssen unsere beschränkten Raum jetzt für unumgänglich notwendige Sachen verwenden. — Ein Drucker: Ein falscher Sinn könnte nur gewaltfam in den betreffenden Satz hineingelesen werden. — Chr. B. in K.: 2,30 Mk. — G. W. in Kitzingen: 2,45 Mk. — D. S. 71: 2,30 Mk.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 II.  
Sprechere: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Bezirk Jahr.** Der Seher Otto Emil Schommler aus Nalkau i. M., geboren am 11. November 1893, erst Hauptbuchnummer 85 857, hat 37 072. Die Herren Funktionäre werden ersucht, dieses berücksichtigen zu wollen.

**Adressenveränderungen.**  
**Brieg.** Die Geschäfte des Vorstehenden befragt bis auf weiteres der Kassierer Max Sackel, Neuhäuser Str. 36 I.  
**Salle a. S.** (Bezirk und Ort.) Vorstehender: August Chemnitz, Albert-Schmidt-Str. 4; Kassierer: Ernst Schröter, Rödberg 14.  
**Hannover.** (Maschinenfabrikvereinigung im Gau Hannover.) Wegen Einberufung des Vorstehenden führt die Geschäfte bis auf weiteres Kollege Reinhold Behold, Hannover, Biliterswortstraße 20 III I. (vom 1. Oktober ab: Friesenstraße 46 II I.).  
**Regenitz.** Wegen Abberufung des Vorstehenden zum Militär verliert die Geschäfte für Ort und Bezirk Kollege Karl Dumsch, Prinzenstraße 19 II.

**Zur Aufnahme gemeldet**  
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):  
Im Gau Bayern I. der Maschinenfabrik Andreas Lamecker, geb. in München 1892, ausged. dal. 1910; war schon Mitglied. — Joseph Seif in München, Holzstraße 24 I.

**Arbeitslosenunterstützung.**  
**Kiel.** Die Reiseunterstützung wird bis auf weiteres in der Zeit von 2 bis 2 1/2 Uhr in der „Gewerkschaftsberberge“, Fährstraße 24, ausgezahlt.

**Verammlungskalender.**  
Münchberg. Verammlung Donnerstags, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftsheim“.  
Eberfeld. Verammlung Donnerstags, den 26. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Balkenhaus“, Hombühl 6.  
Frankfurt a. M. Maschinenfabrikerverammlung Sonntag, den 27. September, vormittags 10 Uhr, im „Landsca“, Rämberg.  
Koburg. Generalversammlung Donnerstags, den 24. September, abends 6 Uhr, im Restaurant „Kulmbach“.

**Künstlerische Ansichtspostkarten**  
vom Monument unres Verbandes auf der Weltausstellung für Buchgewerbe in Leipzig.  
(2 Stück 15 Pf.)  
**Album mit sämtlichen Ansichten**  
von der Ausstellung des Verbandes.  
(Preis 40 Pf.)  
Zu beziehen durch Georg Büttich, Leipzig, Salomonstraße 8. (Wiederverkäufer erhalten Rabatt.)

**Richard Härtels Bucherverhand**  
(St. Siegl), München 2, Holzstraße 7.  
Fachliteratur, Werke, Musikalien u. Theaterstücke.  
Katalog und berechnet und frei.  
Das Ausschließen der Formen. Von Alb. Engelhardt. Hilfsbuch für Faktoren und Gehehlen. Geb. 1,50 Mk.  
Der Inventionstag. Von S. Ede. Mit 208 Beispielen. 1 Mk.  
Der Satz und die Behandlung fremder Sprachen. Ein Hilfsbuch für Schiffsleger und Korrektoren. Von W. Hellwig. 2 Mk.

**Verkäufliche Werkzeugkasten**  
sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollege Max Holz, Leipzig-Stöcker, Papiermühlstraße 5 II. Preisliste gratis. (580)



Auf dem Felde der Ehre gefallen ist am 21. August unser Kollege, der Maschinenmeister **Karl Mefferschmidt** Unteroffizier der Reserve im Kaiserin-Augusta-Gardegeniebrerement. Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren **Die Kollegen der Reichsdruckerei.**

Am 15. September verschied nach langer Krankheit an den Folgen einer Operation unser langjähriges Mitglied, der Seherkollege **Richard Walter** im Alter von 62 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren **Der Drisverein Konstanz.**

Am 26. August erlitt bei Dnenbrügge (Belgien) den Heldentod fürs Vaterland unser lieber Kollege **Otto Goese** aus Halle a. S., im 27. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! **Die Verbandsmitglieder der Buchdrucker C. Waensch jun., Magdeburg.**

Den Heldentod fürs Vaterland fand am 8. September unser Kollege und Vorstehender, der Maschinenmeister **Hans Dieß** im Alter von 32 Jahren. Mit ihm ist ein Kollege von uns gerissen, der sich jederzeit in den Dienst des großen Ganzen gestellt. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Die Mitgliedschaft Kitzingen a. M.**

Am 16. September verstarb unser lieber Kollege, der Maschinenmeister **Gerhard Spaan** aus Wiesel, im Alter von 43 Jahren, an Zuckerkrantheit. Ein treues Gedenken wird ihm bewahren **Der Bezirksverein Düsseldorf.**